

**Pressemitteilung der Deponiebeiratsmitglieder  
Jens Grotelüschen (FDP) und Petra Brand (Linke):  
Vorwürfe der BIKEG müssen in der nächsten Deponiebeiratssitzung  
auf den Prüfstand gestellt werden**

In der letzten Deponiebeiratssitzung am 9.6.2022 hat die BIKEG in einem halbstündigen Vortrag die Gefährdung des Grundwassers durch die Deponie Grauer Wall dargelegt. Gleich zu Beginn wurde mit der irreführenden Aussagen aus Behörden und Politik aufgeräumt, dass die "Grenzwerte im Grundwasser noch nie überschritten wurden". Anhand von Messergebnissen aus den Gutachten wurde gezeigt, dass es bisher immer wieder zu Schadstoffdurchbrüchen in die Grundwassermessstellen in den letzten 10 Jahren gekommen sei, die teilweise sogar die Auslöseschwellenwerte für eine Sanierung erreicht hätten. Die BIKEG bemängelte die mangelnde Kontrolle des Grundwassers durch die Behörden und insbesondere die Aussetzung der Messungen von Cyanid, obwohl dieser hochgiftige Stoff bereits in der Neuen Aue gefunden wurde und Teil des Kontrollprogramms aus dem Planfeststellungsbeschluss sei.

Anhand von Profilschnitten und geologischen Untersuchungen aus den Unterlagen für den Planfeststellungsbeschluss stellte die Referentin die mangelnde Abdichtung zum Grundwasser dar. Sie erläuterte, dass die Deponieerweiterung die Grundwassergefährdung noch verschärfen würde und die Genehmigung schon gegen damalige Umweltgesetze verstoßen hätte. In dem Vortrag wurden widersprüchliche Aussagen aus dem letzten Deponiegutachten erläutert und die Frage in den Raum geworfen, ob es sich angesichts der aus der Sicht der BIKEG fachfremden und widersprüchlichen Aussagen im Gutachten zu den Folgen einer Deponieschließung um ein Gefälligkeitsgutachten handeln würde.

Die Deponiebeiratsmitglieder Jens Grotelüschen (FDP) und Petra Brand (Linke) haben sich eine Woche später in einem weiteren Vortrag der BIKEG im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung informiert. Dort wurden neben den Grundwasserproblemen auch die bestehende Belastung von Speckenbüttel mit Bleistaub erläutert. Ein immer wiederkehrender Gehalt von Blei von mehr als 900 mg im Staub auf Wohnhäusern, Terrassen und in Regentonnen im Umkreis der Deponie wirft Zweifel am offiziellen Messprogramm auf, das die Luftqualität in Speckenbüttel als "ländlich" bezeichnet.

Die Vertreter beider Parteien fordern, dass die bestehende Vorwürfe der BIKEG detailliert in der nächsten Deponiebeiratssitzung am 17.11.22 von den Behörden auf den Prüfstand gestellt werden. "Sollten die Aussagen der BIKEG nicht entkräftet werden können, dann muss man wohl den Tatsachen ins Auge sehen, dass hier eine tickende Zeitbombe entschärft werden muss", so die parteiübergreifende Meinung von Petra Brand und Jens Grotelüschen.

14.10.2022

Jens Grotelüschen (FDP)

Petra Brand (Linke)